SPD

Vorlage Nr.: 1173/2023-2

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
KREISTAGSFRAKTION IM LANDKREIS GIEßEN

SPD-Kreistagsfraktion im Landkreis Gießen ■ Grünberger Straße 140 ■ 35394 Gießen

E: 06.02.2024
1b

Co-Fraktionsvorsitzende
Sabine Scheele-Brenne
Mobil 0176 24902382
sabine.scheele-brenne@
spd-kreis-giessen.de

Co-Fraktionsvorsitzender
Dirk Haas
Mobil 0171 4970454
dirk.haas@
spd-kreis-giessen.de

An den
Vorsitzenden des Kreistags Gießen
Claus Spandau
Riversplatz 1-9 (Zi. F209)

35390 Gießen

01.02.2024

Haushaltsänderungsantrag zur Vorlage 1173/2023
Produktbereich 11.1.07: Erhöhung Verhütungsmittelfonds

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,
die SPD-Kreistagsfraktion bittet Sie, folgenden Haushaltsänderungsantrag auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung zu nehmen und zuvor im *Kreisausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Ehrenamt* zu beraten:

Der Kreistag möge beschließen,

im Produktbereich 11.1.07 „Gleichstellung der Geschlechter" werden die Mittel für den **Verhütungsmittelfonds** um **2.500 €** erhöht, von bisher jährlich 27.500 € auf dann jährlich 30.000 €.

Begründung

Mit dem Verhütungsmittelfonds sollen einkommensschwache Paare und Einzelpersonen mit Verhütungsmitteln versorgt werden und so der Anteil an ungewollten Schwangerschaften, die durch fehlende Finanzmittel entstanden sind, ebenso gesenkt werden, wie die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche. Vor allem für Frauen bedeutet der Verhüttungsmittelfonds eine wichtige Unterstützung für eine selbstbestimmte Lebensplanung.

Der Kreistag hatte im Dezember 2021 beschlossen, den Kreis der Anspruchsberechtigten auf Studierende und Auszubildende zu erweitern, die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) bzw. Bundesausbildungsbeihilfe (BAB) beziehen.

SPD

Aus dem Jahresbericht von Pro Familia, die den Verhütungsmittelfonds seit der Einführung im Oktober 2009 im Auftrag des Landkreises verwaltet, geht hervor, dass die Nachfrage nach Unterstützung aus dem Fonds gleichbleibend hoch ist.
Der Anteil von Studierenden und Auszubildenden an den Antragsteller:innen ist jedoch gering, obwohl auch hier Bedarf besteht. Studierende und Auszubildende sollen deshalb stärker als bisher über die Möglichkeit der Unterstützung aus dem Verhütungsmittelfonds informiert werden.
Aktuell ist die Finanzierung des Fonds einigermaßen auskömmlich. Für den zu erwartenden Anstieg von Anträgen durch die Informationskampagnen ist eine Aufstockung notwendig.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Scheele-Brenne Dirk Haas

Sabine Scheele-Brenne, Dirk Haas
Co-Fraktionsvorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion